

Russen ziehen doch nicht gänzlich ab

Vertreibungen in Südossetien und eine harsche Absage an die Nato

Von Barbara Schäder

Brüssel/Poti. Russland hat die militärische Zusammenarbeit mit der Nato auf Eis gelegt. Das russische Verteidigungsministerium habe mitgeteilt, es werde „die militärische Zusammenarbeit mit den Nato-Staaten bis auf Weiteres aussetzen“, erklärte Nato-Sprecherin Carmen Romero am Donnerstag in Brüssel. In Georgien bezogen russische Truppen am Donnerstag trotz der Rückzugszusage von Präsident Dmitri Medwedew neue Stellungen vor der Hafenstadt Poti. Außerdem gehen die Vertreibungen weiter.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte, Moskau wünsche keinen vollständigen Abbruch der Beziehungen. „Wir haben nicht die Absicht, die Tür zuzuschlagen“, sagte Lawrow. Damit reagierte Russland auf die Entscheidung, die regelmäßigen Treffen des Nato-Russland-Rats auszusetzen.

Die militärische Zusammenarbeit mit Russland war von dem Nato-Beschluss nicht unmittelbar betroffen. Sie besteht im Wesentlichen in gemeinsamen Übungen. Zudem hat sich Russland zwei Mal an Antiterror-Patrouillen der Nato im Mittelmeer beteiligt. Russland beteiligt sich auch an der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte. Diese solle fortgesetzt werden, sagte der russische Nato-Botschafter Dmitri Rogosin. Er wurde zu Beratungen nach Moskau einbestellt.

Unterdessen trafen im Schwarzen Meer drei Kriegsschiffe der Nato zu einer Übung ein. Mit dem Konflikt in Georgien, das am Ostrand des Binnenmeers liegt, besteht nach Darstellung der Nato kein Zusammenhang. Die auf drei Wochen angelegte Übung sei seit über einem Jahr geplant. Die Türkei erlaubte am Donnerstag mehreren Schiffen der US-Marine mit Hilfsgütern die Durchfahrt durch den Bosphorus.

Trotz wiederholter Rückzugsankündigungen hoben russische Soldaten in Georgien am Donnerstag Gräben um die Hafenstadt Poti aus. Schützenpanzer und Truppentransporter blockierten zudem eine strategisch wichtige Brücke. Lawrow kündigte an, am Rand einer „Pufferzone“ rund um Südossetien würden acht Kontrollstellen errichtet. In dieser Zone würden 500 zusätzliche Soldaten stationiert. Der stellvertretende russische Generalstabschef Anatoli Nogowizyn sagte, der russische Abzug werde am Freitagabend so weit fortgeschritten sein, dass die Einheiten „in den Zonen russischer Friedenschützer sein werden“.

Derweil gehen die Vertreibungen durch südossetische Milizen weiter, die aber mutmaßlich von der russischen Armee unterstützt oder zumindest gedeckt werden. In Abchasien forderten am Donnerstag über 50 000 Demonstranten eine internationale Anerkennung der einseitig erklärten Unabhängigkeit.

Kontrollstellen rund um Ossetien



Nach EU-Schätzungen wurden in Südossetien rund 124 000 Menschen vertrieben. Die Zahl der Flüchtlinge könnte weiter steigen: So haben georgische Bewohner eines Dorfes bei Zchinwali russische Behörden um Umsiedlung ins Kernland gebeten, darunter auch diese 98-jährige Georgierin. Sie fürchtete Vergeltungsaktionen von Osseten. Foto: AP

NACHRICHTEN

Deutsches Schiff von Piraten entführt

Vor der somalischen Küste haben Piraten am Donnerstag drei Schiffe in ihre Gewalt gebracht, darunter einen deutschen Frachter. Dies teilte ein Sprecher der Internationalen Seefahrtsbehörde (IMB) in Kuala Lumpur mit.

USA: Bald Truppen-Abzug aus Irak?

Im Juni 2009 könnte der Abzug von US-Soldaten aus Städten im Irak beginnen. Iraks Außenminister Hoschjar Sebari sagte am Donnerstag nach einem Treffen mit seiner US-Kollegin Condoleezza Rice in Bagdad, dass man einem Abkommen „sehr nahe“ sei.

Karadzic bekommt neue Richter

Der als Kriegsverbrecher angeklagte Ex-Führer der bosnischen Serben, Radovan Karadzic, bekommt beim UN-Tribunal in Den Haag neue Richter. Der Tribunalpräsident ging jedoch nicht auf einen Befangenheitsantrag Karadzic' ein, sondern berief sich auf die interne Geschäftsverteilung.

BA will Job-Angebote besser prüfen

Um unseriösen Stellenangeboten auf der Online-Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit (BA) entgegenzuwirken, hat die BA ihre Prüfungen intensiviert: Mehrmals täglich sollen die Angebote kontrolliert und bei Notwendigkeit gelöscht werden. Außerdem wird jedem Hinweis auf zweifelhafte Jobofferten nachgegangen. Bei Fragen und Hinweisen: Hotline 01801/002862.

Steuereinnahmen legen kräftig zu

Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sind auch im Juli weiter gestiegen. Sie beliefen sich auf 39,05 Milliarden Euro, 5,6 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres, wie das Bundesfinanzministerium mitteilte.

Moskau hat Syriens „volle Unterstützung“

Im Gegenzug erhofft sich Assad Waffenpräsentate – Doch Medwedew liebäugelt gleichzeitig mit Israel

Von Gil Yaron

Tel Aviv. Die neuen Spannungen zwischen dem Westen und Russland nach dem Krieg in Georgien und der angekündigten Stationierung der amerikanischen Raketenabwehr in Polen drohen nun auch den Nahen Osten in Mitleidenschaft zu ziehen. Der syrische Präsident Baschar al-Assad versucht nun, vom Riss in den internationalen Beziehungen zu profitieren. So wurde Syrien, nach Venezuela und Weißrussland, zum dritten Staat, der sich im Konflikt auf die Seite Moskaus schlug: „Ich möchte meine volle Unterstützung zum Ausdruck bringen“, sagte Assad am Donnerstag im russischen Sotschi, wo er auf Einladung des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew zu einem zweitägigen Staatsbesuch eingetroffen war.

Assad gab sich Mühe, Parallelen hervorzuheben: „Georgien begann die Krise, und der Westen beschuldigt Russland.“ Syrien leide unter denselben Problemen. Der Besuch soll die engen Beziehungen

zwischen Moskau und Damaskus weiter festigen. Assad offenbarte seine Bereitschaft, russische Raketen in Syrien zu stationieren. Damit würden Russland und Syrien zwei Probleme zugleich lösen: Russland könnte mit Raketen in Syrien das Raketenabwehrsystem in Polen umgehen und seinen Einfluss im Nahen Osten stärken. Den Syrern dienten sie hingegen als Abschreckung gegen Israel. Eine Stationierung der „Alexander“-Raketen würde Jerusalem schwere Kopfschmerzen bereiten, da diese die bestehende Raketenabwehr unterwandern könnte.

Dabei sind die Beziehungen Russlands und Syriens, zum Unmut Israels und Washingtons, ohnehin sehr eng. Das Handelsvolumen hat sich in diesem Jahr verdoppelt. In den kommenden Tagen soll eine große russische Flotte, darunter ein Flugzeugträger und mehrere Atom-U-Boote, im syrischen Mittelmeerhafen Tartus anlegen. Im Gegenzug erhält Damaskus Waffen billiger. Im Jahr 2005 schrieb Moskau 73 Prozent der syrischen

Schulden ab, was massive neue Waffenkäufe Damaskus', zum Teil mit Hilfe iranischer Petrodollars, ermöglichte. Im Vorjahr lieferte Russland unter anderem den hochmodernen Kampfbomber MiG 31. Diesmal bemüht sich Assad um die Auslieferung von S-300 Flugabwehrraketen, mit denen er einen großen Teil des israelischen Luftraums beherrschen könnte.

Assad setzt nach dem Krieg in Georgien auf den Unmut der Russen über Israel. Israelische Generäle a. D. bildeten georgische Kommandos aus, israelische Firmen lieferten Militärgüter. Assad bezichtigte Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad, „an Terrorattentaten gegen Russen in Südossetien und Abchasien beteiligt“ gewesen zu sein.

Präsident Medwedew scheint indes nicht gewillt, nur auf ein Pferd zu setzen. Kurz vor dem Eintreffen Assads rief er bei Israels Premier Ehud Olmert an und erörterte mit ihm, wie die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Staaten weiter vertieft werden könnten.

Wieder Attentat auf Nato-Soldaten

Kabul. (AFP) Zwei Tage nach dem schweren Anschlag auf französische Soldaten sind in Afghanistan erneut drei Nato-Soldaten getötet worden. Die polnischen Soldaten führen in der zentralen Provinz Ghasni über einen versteckten Sprengsatz, wie die polnische Nachrichtenagentur PAP am Donnerstag unter Berufung auf Armeeoffiziere meldete.

Die Nato-geführte Internationale Afghanistan-Schutztruppe (Isaf) bestätigte, dass drei Soldaten getötet wurden, nannte aber wie üblich nicht die Nationalität. Polen ist an der Isaf derzeit mit 1200 Soldaten beteiligt, in den kommenden Monaten soll deren Zahl um weitere 400 erhöht werden.

Der britische Premierminister Gordon Brown erklärte bei einem unangekündigten Besuch in Kabul, sein Land werde Afghanistan im Kampf gegen die Taliban und für die Demokratie unterstützen. Er kündigte zusätzliche Entwicklungshilfen sowie Unterstützung bei der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte an.



Dmitri Medwedew (l.) und Baschar al-Assad trafen sich zum Gespräch in Sotschi. Die Georgien-Krise droht nun auch den Nahen Osten in Mitleidenschaft zu ziehen. Foto: dpa

CSU: 15 Prozent wäre viel für SPD

Schlagabtausch vor Bayern-Wahl

München/Coburg. (dpa/ddp) Fünf Wochen vor der bayerischen Landtagswahl wird der Ton zwischen CSU und SPD schärfer. „Die SPD glaubt wohl tatsächlich, dass sie die bayerischen Wähler für dumm verkaufen kann“, sagte Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) in einem Interview. „Die Sozis werden das noch spüren, 15 Prozent am Wahltag wären für die SPD noch zu viel.“ Die hessische SPD habe den Parteitag, auf dem über eine Minderheitsregierung entschieden wird, nur auf Drängen der bayerischen SPD verschoben, so Beckstein.

Dies hat SPD-Spitzenkandidat Franz Maget stets zurückgewiesen. Er schloss gestern erneut ein Bündnis von SPD und Linke aus. Die Debatte sei für Bayern „rein theoretischer Natur“, sagte er. Er wolle nur eine absolute Mehrheit der CSU verhindern. „Das ist unser primäres Ziel und man merkt, wie nervös die CSU ist“, sagte er bei einem Auftritt mit SPD-Chef Kurt Beck in Coburg. „Das merkt man daran, dass sie immer mehr die Grenzen des politischen Anstandes überschreitet, und geradezu absurde Anschuldigungen und Verdächtigungen in den Raum stellt“, sagte er. Die CSU hatte Beck für den Besuch eines ehemaligen Stasi-Gefängnisses kritisiert. „Sie merkt eben, dass ihr das Wasser bis zum Hals steht.“

Auch Beck kommentierte die Vorwürfe drastisch: „Die schlottern doch wirklich wie die Burgbewohner vor den Gespennern, die Schwarzen hier. Also wieso sollen wir uns denn damit gleichsetzen, denen schlottern die Hosen, dass die Geschirre klappern. So ist es.“

Deutsches Bioethanol schon zwar die Umwelt . . .

. . . wird aber immer nur ein Randprodukt bleiben

Von Judith Knöbel-Methner

Heidelberg. Dass immer mehr Regenwald dem Anbau von Energiepflanzen weichen muss, hat den Biokraftstoffen in jüngster Zeit keine gute Lobby gebracht. Und auch um ihre Energiebilanz ist es nicht gerade bestens bestellt. Für europäisches Bioethanol gilt das jedoch nicht. Wie das Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung (Ifeu) nun in einer Studie herausgefunden hat, wurden dessen Treibhausgasersparungen bislang deutlich unterschätzt.

Demnach kann bereits bei der Produktion von Bioethanol aus Getreide oder Zuckerrüben viel CO₂ eingespart werden – die Differenz kann schließlich 25 bis 33 Tonnen betragen. Das ist bis zu vier Mal mehr, als man dachte. Der Hauptgrund sind vor allem die als Nebenprodukte anfallenden wertvollen Futtermittel für Rinder und Schweine, etwa Vinnasse, Rübenschnitzel und Gluten.

„Bei der Verarbeitung von Zuckerrüben bleiben zum Beispiel die Rübenschnitzel übrig“, erklärt Eva von Falkenstein vom Ifeu. Dabei handele es sich um feste Pflanzenbestandteile wie Fasern, die nach der Herauslösung der Stärke zurückbleiben und dann gepresst und getrocknet werden. In diesem Zustand sind sie lange haltbar. „Beim Getreide bleibt nach der Stärkeextraktion die sogenannte Dickschlempe übrig“, so Falkenstein weiter: „Ein dickflüssiger, eiweißreicher Brei, der direkt verfüttert werden kann.“

Was übrig bleibt, schmeckt Kühen

Bei der Erzeugung von 2700 Litern Bioethanol aus Weizen können etwa ebenso viel Kilogramm Futtermittel pro Hektar gewonnen werden. Diese ersetzen wiederum zum Beispiel Sojaschrot, für das sonst auf 1,3 Hektar Sojabohnen angebaut werden müssten. Das Verfahren in Europa macht also in Drittländern Platz für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und schon damit indirekt Regenwälder und Klima. Daher fordert der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Verbands der deutschen Bioethanol-Landwirtschaft Landwirtschaftliche Biokraftstoffe, Norbert Schindler, diese Effekte bei der Treibhausgasbilanzierung von Biokraftstoffen zu berücksichtigen.

Der reale Beitrag zum Klimaschutz darf jedoch nicht überschätzt werden. Schließlich kann aus Zucker- und Stärkepflanzen nur ein Ersatzstoff für Benzin, nicht aber für Diesel gewonnen werden. Dafür werden nach wie vor Ölpflanzen benötigt. Außerdem, so Ifeu-Geschäftsführer Dr. Ulrich Höpfner, deckt die heimische Biomasse nur höchstens fünf bis zehn Prozent des deutschen Kraftstoff-Bedarfs ab.

Zu viele der hiesigen Anbauflächen würden nämlich für andere Zwecke benötigt, etwa die Nahrungsmittelproduktion. Auch seien Monokulturen nicht im Sinne des Naturschutzes. „Biokraftstoffe aus deutschen Landen werden immer eine Randgruppe bleiben“, ist sich Höpfner sicher. „Es stehen uns hier einfach zu wenig geeignete Flächen zur Verfügung.“



Das „Concept Car“ fährt mit Bioethanol aus Stärkepflanzen: Europäisches Bioethanol hat einer Heidelberger Studie zufolge eine bessere Energiebilanz als bislang vermutet. Foto: dpa

59 Tote bei Anschlag in Pakistan

Islamabad. (AP) Zwei Selbstmordattentäter haben bei Anschlägen auf eine Waffenfabrik in Pakistan am Donnerstag mindestens 59 Menschen mit in den Tod gerissen. Sie zündeten ihre Sprengsätze vor der Fabrik 35 Kilometer westlich von Islamabad, als viele Arbeiter gerade auf dem Weg nach Hause waren, wie die Polizei mitteilte. Weitere 70 Menschen erlitten dabei Verletzungen.

Zu dem Anschlag bekannten sich mehrere Taliban-Gruppen. Ein Sprecher sagte, es handle sich um die Vergeltung für militärische Angriffe in Bajur, einer Hochburg der Islamisten. Er kündigte weitere Anschläge an, sollten die Truppen ihre Operationen nicht einstellen.

Autobombe verletzt 16 Menschen in Izmir

Istanbul. (dpa) Bei einem neuen Bombenanschlag gegen die türkische Polizei sind am Donnerstag in der Küstenstadt Izmir 16 Menschen verletzt worden. Die Attentäter hatten am Straßenrand einen mit Sprengstoff präparierten Wagen gezündet, als Polizisten und Soldaten vorbeifuhren. Unter den Verletzten waren acht Polizisten und drei Soldaten. Der türkische Transportminister Binali Yıldırım vermutete die Täter in den Reihen der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Erst am Dienstag hatte sich in der süd-türkischen Stadt Mersin ein Selbstmordattentäter an einem Kontrollpunkt der Polizei in die Luft gesprengt und damit neun Sicherheitskräfte verletzt.